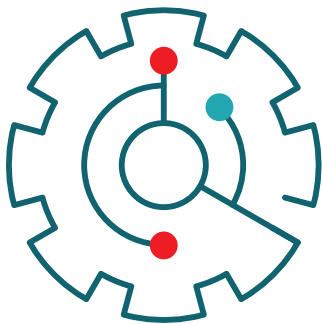




GESUNDE INDUSTRIEPOLITIK
FORTSCHRITTSDIALOG

GEMEINSAM FÜR EINE
ZUKUNFTSFESTE
UND GESUNDE
INDUSTRIEPOLITIK.





MEHR AKADEMISCHES WISSEN IN MARKTREIFE GESUNDHEITSINNOVATIONEN ÜBERSETZEN – DEUTSCHLANDS STÄRKEN BESSER NUTZEN, UM DIE TRANSLA- TIONSLÜCKE ZU SCHLIESSEN!

Die Stärke des Wirtschaftsstandortes Deutschland stützt sich in großem Maße auf das Wissen und Know-how seiner exzellenten Arbeitskräfte – von Forscher:innen über Ingenieur:innen zu Facharbeiter:innen. In diesem Sinn ist für die Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich die Erforschung und Entwicklung innovativer Arzneimittel in Deutschland von immenser Bedeutung.

Eine robuste und innovative industrielle Gesundheitswirtschaft ist deshalb neben der Relevanz für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung auch ein entscheidender Wachstumsfaktor für einen gesunden Wirtschaftsstandort. Forschungscluster mit einer kritischen Masse an Akteur:innen aus Wissenschaft und Industrie spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie sind der Schlüssel für eine funktionsfähige Zusammenarbeit zwischen akademischen Einrichtungen, außeruniversitären Forschungsinstituten und der Industrie.



Deutschland verfügt über eine starke Basis an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Doch die Erkenntnisse der exzellenten Grundlagenforschung werden noch zu selten in marktreife Gesundheitsinnovationen übersetzt, die einen spürbaren Mehrwert für die direkte Patient:innenversorgung bedeuten. Vor allem bürokratische Hürden und fehlende Finanzierung sind für diese sogenannte „Translationslücke“ verantwortlich.

Für die aktuelle Legislaturperiode ist der Reformauftrag von Seiten der Regierungskoalition klar gesetzt: Mit der Hightech-Agenda und der Deklaration der Biotech- und Pharmabranche als Schlüsselindustrie ist die Gesundheitsforschung als strategisches Politikfeld verankert. Konkrete Vorhaben im Koalitionsvertrag – das geplante Innovationsfreiheitsgesetz, standardisierte Ausgründungsverträge, geplante 24-Stunden-Gründung, das anvisierte Forschungsdatengesetz, ein geplantes Gesetz für medizinische Register – und die Ambition, Deutschland zum Spitzenstandort für klinische Studien zu machen, sind klare politische Bekenntnisse.

Neben der nötigen Umsetzung dieser Vorhaben bedarf es auch flexiblerer Finanzierungsmodelle: Start-ups haben in der Regel kaum Geld für Infrastruktur, insbesondere in der Biotechnologie werden Wetlabs benötigt, die flexibel/modular aufgebaut und eingerichtet sind und über flexible Mietverträge verfügen. Ein Start-up, das nur über 3 Jahre finanziert ist, kann keinen Mietvertrag mit einer Mindestlaufzeit von 5 Jahren abschließen. Unsere Forderung ist eine engere Verknüpfung von Industriepolitik und Marktzugangsbedingungen sowie einer besseren Vernetzung entlang der Wertschöpfungskette für mehr Gesundheitsinnovationen „Made in Germany“!

In vielen Bundesländern wie etwa der Südschiene (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen), Nordrhein-Westfalen, Sachsen oder Berlin haben sich eine Reihe innovativer und schlagkräftiger Innovationscluster etabliert. Diese stehen jedoch in wachsendem Wettbewerb mit anderen Standorten, wie den USA, Israel, UK und der Schweiz. Dort wurden die Rahmenbedingungen durch die koordinierte und staatlich unterstützte Vernetzung von Wissenschaft und Industrie und durch gezielten Technologietransfer entscheidend verbessert. Klar ist: Innovationscluster bieten eine hervorragende Plattform, um die Expertise und Ressourcen von relevanten Akteur:innen zu bündeln.

Diese integrierten Standorte bzw. die enge Kombination von Forschungs- und Produktionsstandorten ermöglichen es, wissenschaftliche Erkenntnisse schnell in praktische Anwendungen zu überführen und bieten damit einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil im globalen Markt. Der Erfolg von Innovationsökosystemen, wie dem Bostoner Biotech-Cluster, zeigt, dass eine enge Verzahnung von Wissenschaft und Industrie nicht nur zu schnellen Innovationen führt, sondern auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur wirtschaftlichen Stärkung der Region und damit zur Sicherung des Wohlstandes beiträgt.

Deutschland hat ein großes Potenzial, um starke Innovationscluster zu bilden. Aufgrund struktureller Hürden verliert der Standort aber aktuell im internationalen Vergleich den Anschluss. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Gesundheitswirtschaftsstandortes Deutschland langfristig zu sichern, muss der notwendige Austausch zwischen akademischer Forschung und industrieller Praxis entscheidend gefördert werden. Wir setzen uns dabei für einen sozialpartnerschaftlichen Ansatz zur Förderung der industriellen Gesundheitswirtschaft in Deutschland ein, zu dem Politik, Unternehmen, Forschung und Sozialpartner:innen als Verbündete auf Augenhöhe beitragen.

Folgende Maßnahmen sind dafür dringend erforderlich:

UNSERE POSITIONEN FÜR EINE ZUKUNFTSFESTE UND GESUNDE INDUSTRIEPOLITIK.



1. KONDITIONIERTE FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Die staatliche Forschungsförderung bietet eine große Chance, medizinische Innovationen voranzutreiben und die Versorgung mit lebensnotwendigen Medikamenten zu sichern. Es muss bei diesen Ko-Finanzierungsmodellen oder Steueranreizen jedoch darauf geachtet werden, dass öffentliche Gelder in Cluster, Forschungseinrichtungen, Start-ups oder Unternehmen fließen, die soziale und ökologische Standards einhalten.

Ähnlich wie bei den Klimaschutzverträgen des BMWs sollten auch bei der Forschungsförderung klare, messbare Ziele und Kontrollmechanismen eingeführt werden. Soziale Standards, wie faire Löhne, Arbeitszeiten und Mitbestimmung der Beschäftigten – Gute Arbeit – müssen ebenso berücksichtigt werden wie Umweltstandards. Die guten Ansätze der Bund-Länder-Programme „Initiative Forschung & Anwendung“ (WIR/RUBIN/T!Raum) gilt es weiterzuführen.

2. BÜNDELUNG VON FÖRDERTÖPFEN UND -QUELLEN MIT FOKUS AUF EINEN „TRANSFERBOOSTER GESUNDHEIT“

Die zahlreichen, oft auch isoliert nebeneinanderstehenden öffentlichen Fördertöpfe und -quellen für Forschung und Entwicklung in Bund und Ländern müssen gebündelt, durch privates Kapital flankiert und zu einer lückenlosen Finanzierungskette über alle Wertschöpfungsstufen und Regionen verbunden werden. Der geplante „Deutschlandfonds“ kann ein wertvolles Instrument zur Schließung von Wachstums- und Innovationskapital-Lücken werden. Die bereitgestellten Mittel müssen auch in Richtung Gesundheitsforschung fließen. Hierzu wird ein dedizierter Biotech oder Life Science Fond benötigt, da Mittel oft an dieser Branche vorbeifließen, die sich durch hohe Investitionsvolumina, lange Laufzeiten und hohe Risiken auszeichnen. Hier geht es primär auch um Start-up Finanzierung!

3. ERLEICHTERUNG DES ZUGANGS ZU WAGNISKAPITAL FÜR INNOVATIVE START-UPS

Der Zugang zu Wagniskapital muss vereinfacht und ausgebaut werden, um die Gründung und Entwicklung von Start-ups z.B. in der Biotechnologie zu unterstützen. Ein zentrales Element dafür ist die Schaffung von steuerlichen Anreizen für Investitionen in Wagniskapital z.B. durch die Einführung eines „Wagniskapitalfreibetrags“, bei dem ein bestimmter Teil der Investitionen in innovative Start-ups steuerfrei bleibt.

In vielen Ländern (z.B. den USA) spielt in diesem Rahmen auch die Einbindung von Renten- und Pensionsfonds eine bedeutende Rolle bei der Bereitstellung von Investitionskapital. Ein wichtiger Punkt ist hier das Fortschreiten und Konkretisierung der WIN Initiative. Neben einem „Biotechwindow“ im Deutschlandfonds muss auch die Mitarbeiterkapitalbeteiligung steuerlich gestärkt werden. Auch der Europäischen Union kommt hier eine entscheidende Bedeutung zu. Es braucht mehr Schritte hin zu einer starken Kapital- und Investitionsunion, um mehr privates Kapital für Ausgründungen und Start-up Finanzierung zu mobilisieren.

Auch die Unterstützung für einen Scale-Up Europe Fund mit einem Volumen von ca. 20 Mrd. Euro zur Überbrückung des Investitionsbedarfs von der pre-seed in die late-Series-B- bzw. pre-IPO-Phase für Start-ups könnte die Etablierung einer florierenden Start-up-Szene stärken. Wichtig ist hier auch an eine Bridge-Finanzierung zu denken, wenn Serie A zu Ende geht und die Verträge von Serie B noch in Verhandlung sind. Das Gleiche gilt für die Vereinfachung des Verfahrens zum European Venture Capital Funds (EuVECA), eine Reduzierung der damit verbundenen Kosten könnte über die damit verbundene Ausweitung des verfügbaren Bestands an Investitionsfonds zur Stärkung der Finanzbasis beitragen.

4. FÖRDERUNG VON CLUSTER-STRUKTUREN

In den Bundesländern sollten die regionalen Innovationscluster durch eine verbesserte Infrastruktur, gezielte Ansiedlungshilfen für Start-ups und die Stärkung des Clustermanagements gefördert werden. Hier gilt, sich auf bereits bestehende Strukturen zu fokussieren, diese weiter auszubauen und wenn nötig auch thematisch zu erweitern.

Es muss Schluss sein mit der Förderung immer neuer Cluster durch neue Fördermaßnahmen! Spitzencluster, Zukunftscluster, de.hubs, Start-up, Factories werden durch öffentliche Mittel angefüllt, Doppelstrukturen geschaffen und wenn die Förderung ausläuft und keine Basisfinanzierung durch den Staat stattfindet, konkurrieren sie alle um dieselben privaten Mittel und öffentlichen Projektförderungen.

5. ERHÖHUNG DER DURCHLÄSSIGKEIT ZWISCHEN AKADEMISCHER UND INDUSTRIELLER FORSCHUNG

Um den Austausch von Wissen und Innovationen zu fördern, muss die Durchlässigkeit zwischen akademischer Forschung und industrieller Praxis erhöht werden (Förderung von Entrepreneurship-Programmen). Dies kann durch z.B. gemeinsame Karrierepfade und Förderprogramme für Doppelkarrieren erreicht werden, konkret durch „Industry-on-Campus-Förderprogramme“, Mobilitätskontingente in Hochschulverträgen und finanzierte „Industrie-Sabbaticals“.

...

...

Die Reduktion von Gründungshürden ist entscheidend, um das Niveau führender US-Universitäten zu erreichen, die eine deutlich höhere Aktivität in der Frühphase von Unternehmensgründungen aufweisen. Universitäten könnten auch für ihren Technologietransfer incentiviert werden. Indikatoren wie die Anzahl der Ausgründungen und Industriekooperationen könnten herangezogen werden, um die Qualität und in letzter Instanz auch das Budget einer Universität zu bestimmen.

Auch in der Forschungslandschaft gilt: Deutschlands wertvollste Rohstoffe liegen in den Händen und Köpfen der hier ansässigen Forscher:innen. Daher muss auch hier der Dreiklang Gewinnung, Entwicklung und Bindung von Beschäftigten Priorität haben.

6. STÄRKUNG DER TRANSLATIONSINFRASTRUKTUR UND FÖRDERUNG VON INKUBATOR STRUKTUREN

Die Schaffung von „One-Stop-Shops“ für Technologietransfer und die Bündelung der Kompetenzen von Tech-Transfer-Offices sind notwendig, um den Austausch zwischen Wissenschaft und Industrie zu erleichtern und die Translation von Forschungsergebnissen in klinische Anwendungen zu beschleunigen.

Als erster Schritt könnten Universitäten/Tech-Transfer-Büros einen einheitlichen Formularschrank zur Verfügung stellen, so dass nicht jeder Vertrag (Lizenzvertrag, Kaufvertrag, Mietvertrag etc.) von jedem Spin-Off wieder neu verhandelt werden muss. In Großbritannien fördert der Medical Research Council (MRC) gezielt die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Industrie, um die Translationslücke zu schließen.

In Deutschland fehlen vergleichbare kombinierte Förderprogramme – bestehende Programme sind entweder im Bundesforschungsministerium oder im Bundeswirtschaftsministerium beheimatet. Im Ergebnis sind Förderprojekte entweder forschungs- oder wirtschaftsorientiert und die Überbrückung der Translationslücke erfolgt nur unzureichend.

DAMIT DEUTSCHLAND DIE AMBITION VERWIRKLICHEN KANN, EIN GLOBAL FÜHRENDER STANDORT DER INDUSTRIELLEN GESUNDHEITSWIRTSCHAFT UND FÜR GESUNDHEITSFORSCHUNG ZU WERDEN, BRAUCHT ES EINE ROBUSTE PARTNERSCHAFT ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND INDUSTRIE. ZWINGENDE VORAUSSETZUNG FÜR DEN ERFOLG IST EIN GEMEINSAMES ZIELBILD.

Der geplante Pharmadialog mit der Bundesregierung und die Pharmastrategie 2.0 bieten dafür die nötigen Anknüpfungspunkte. Damit Deutschland die Chance nutzen kann, ein Top-Standort für klinische Forschung mit einer wettbewerbsfähigen industriellen Gesundheitswirtschaft zu werden, braucht es die nötigen industriepolitischen Rahmenbedingungen und den Erhalt des bestehenden Verbundsystems mit resilienten Wertschöpfungsketten auch in der Grundstoffindustrie. Die Umsetzung der genannten Maßnahmen kann dazu beitragen, dass Deutschland auch in Zukunft eine Spitzenposition im Bereich der Arzneimittelinnovation einnimmt und die Gesundheitsversorgung für Patent:innen nachhaltig auf einem qualitativ sehr hohen Niveau ermöglicht.



GESUNDE INDUSTRIEPOLITIK FORTSCHRITTSDIALOG



Die am Fortschrittsdialog beteiligten einzelnen Unternehmen sind nach §2, I LobbyRG im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag eingetragen. Überdies bekennen sich die beteiligten einzelnen Unternehmen zu den damit verbundenen Grundsätzen integrier Interessenvertretung und insbesondere auch zum Verhaltenskodex nach §5, II LobbyRG.



FORTSCHRITTSDIALOG.DE